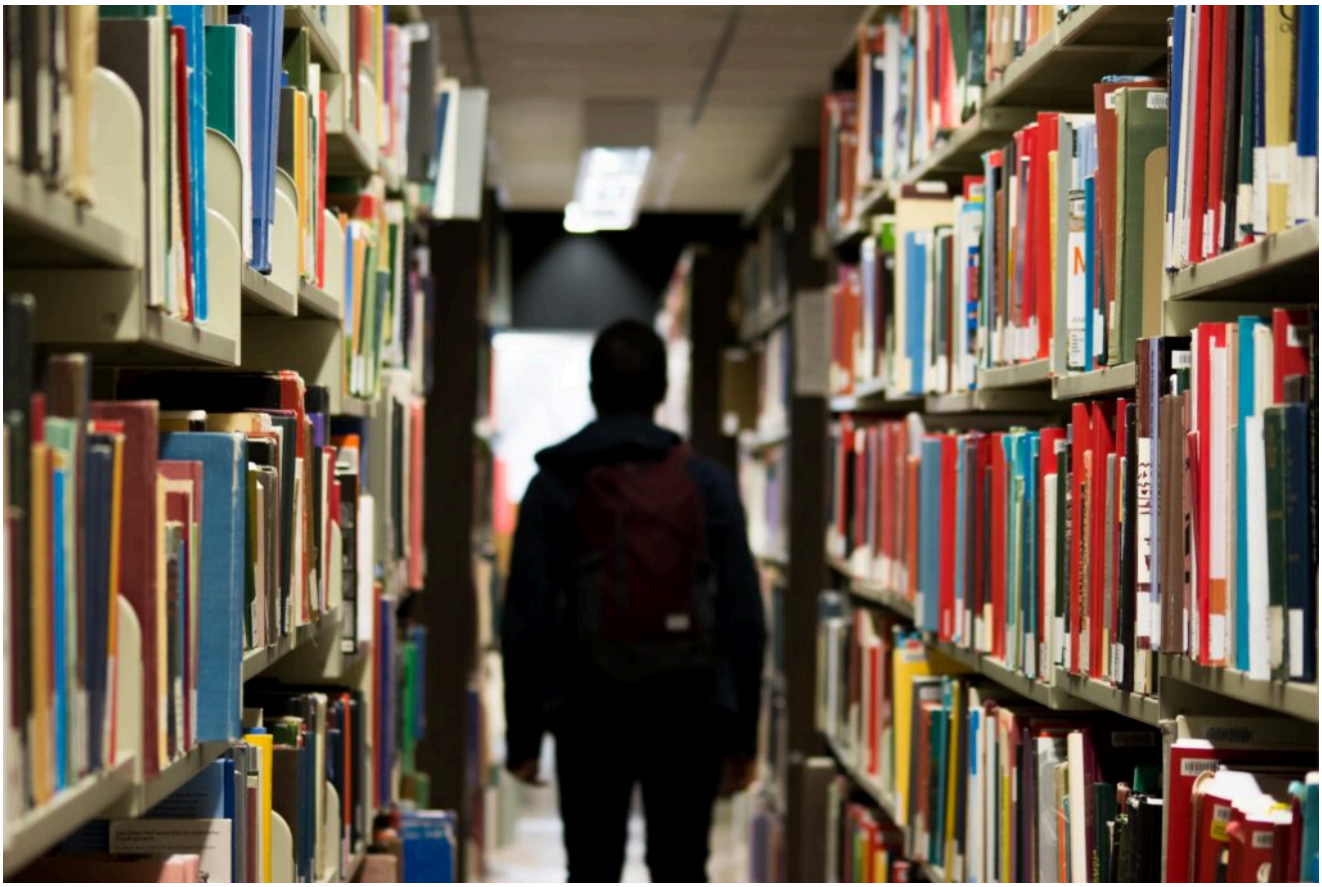
Islamexpertin Schröter: Ditib ist kein Partner für den Staat

19. Juli 2021



Berlin (KNA) Die Islamforscherin Susanne Schröter fordert, die staatliche Zusammenarbeit mit konservativen islamischen Verbänden beim Religionsunterricht an Schulen einzustellen. „Ich warne davor, eine Organisation zu einem offiziellen Partner zu erheben, die einen politisierten Islam vertritt, nicht integrativ ist und eventuell noch unter Extremismusverdacht steht“, sagte sie der „Welt“ (Freitag).

Zwar wäre es wünschenswert, dass alle Bundesländer ein Fach Islamische Religionskunde für muslimische Schüler anböten, so Schröter weiter. Doch Verbände wie die türkischislamische Ditib oder Milli Görüs, die nach ihren Worten für einen rigiden Islam stehen und aus dem Ausland gesteuert sind, dürften dafür keine Kooperationspartner sein.

Der Staat stehe vor dem „Dilemma“, dass er für den Religionsunterricht auf religiöse Organisationen angewiesen sei. „Die Idee, die Struktur der christlichen Kirchen auf den Islam zu übertragen, hat uns in die Irre geführt“, sagte Schröter, die an der Universität Frankfurt das Forschungszentrum „Globaler Islam“ leitet. „Deshalb haben wir heute das Problem, dass die großen islamischen Organisationen des politischen Islam in unzählige Kooperationen

eingebaut sind.“ Diese Verbände sorgten mit ihrem strengen Islamverständnis dafür, dass in großen Teilen der Bevölkerung antiislamische Ressentiments bestünden. Leider sei der liberale Islam, den viele Muslime in Europa lebten, bisher kaum organisiert.

Bei den meisten politischen Parteien bestehe eine Angst, sich kritisch mit dem Islam auseinanderzusetzen, „weil man befürchtet, als rassistisch oder islamfeindlich zu gelten“, so die Wissenschaftlerin. „Man hat das Thema in Deutschland schlicht der AfD oder in Frankreich der Partei von Marine Le Pen überlassen.“ Diese in der Tat islamfeindlichen Parteien würden sich so lange halten, wie die anderen keine „realistische Islampolitik“ verfolgten, sagte Schröter.

© KNA

Beitragsbild: Redd on Unsplash

Stand: 13. November 2026